



AKTUELLE
HAUPTSTADTINFOS

SPD

am 28. November 2013

DER KOALITIONSVERTRAG

Bewertung des Koalitionsvertrages

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

jetzt liegt der Vorschlag eines Koalitionsvertrages zwischen der SPD und der CDU/CSU vor. Wer sich selbst ein Bild machen will, kann dies hier tun: http://www.spd.de/aktuelles/112760/20131127_koalitionsvertrag_uebersicht.html.

Unser Ziel war von Beginn an, dass sich das Leben der Menschen und das Miteinander in unserer Gesellschaft verbessern muss. Diesen Maßstab sollte man auch bei der Entscheidung für oder gegen einen Koalitionsvertrag anlegen. „Das ist ein Vertrag für die kleinen und fleißigen Leute“, sagte zu Recht unser Vorsitzender Sigmar Gabriel. Der Vertrag trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift.

Wir möchten Euch unsere Einschätzung und Bewertung der wichtigsten Punkte geben: Die SPD hat sehr vieles durchgesetzt, an einigen Stellen aber auch Kompromisse eingehen müssen. Insgesamt haben wir mit unserem Wahlergebnis von 25,7 Prozent sehr gut verhandelt! Ja, es ist nicht das SPD-Wahlprogramm, aber das war auch nicht zu erwarten. **Wir empfehlen trotzdem Zustimmung, weil es mehr Gerechtigkeit und Verbesserungen für Millionen Menschen geben wird.**

Allein vom **flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015** werden beispielsweise in Stadt und Kreis Kassel 45.000 und in den Kreisen Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg 35.000 Menschen profitieren. Auch die Gewerkschaften unterstützen ausdrücklich das ausgehandelte Ergebnis. DGB-Chef Sommer erklärte hierzu: „Damit verbessern sich die Lebenssituation vieler Menschen und die Wettbewerbssituation von Unternehmen, die ihre Beschäftigten fair behandeln.“

Es wird **gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit** geben und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird auf alle Branchen ausgeweitet, was bedeutet, dass alle Branchen die Möglichkeit haben einen höheren als den gesetzlichen Mindestlohn festzusetzen. Sehr hilfreich ist auch die **Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen**. Künftig wird es nämlich gesetzlich festgeschriebene Kriterien für einen ordnungsgemäßen Personaleinsatz geben. Auch die Stärkung der Tarifautonomie und die Eindämmung des Niedriglohnssektors wird vom DGB begrüßt. Der Mitteleinsatz **für aktive**

Arbeitsmarktpolitik für die Eingliederung von Arbeitssuchenden wird um 1,4 Milliarden Euro angehoben. Das ist der richtige Hebel, um auch Langzeitarbeitslosen eine bessere Perspektive bieten zu können. Für Jugendliche soll es Verbesserungen beim Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf geben.

Ein ganz dickes Brett hatten wir bei der **abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren** zu bohren. Sie wird kommen! Nach 45 Beitragsjahren, übrigens mit Zeiten der Arbeitslosigkeit (!), beginnt für Ältere der Ausstieg mit 63, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren. Das ist ein Riesenerfolg und bedeutet für viele Menschen in unserem Land große Erleichterungen. Zu den Vereinbarungen in puncto Rente gehört auch **die solidarische Mindestrente von 850 Euro für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen** ab dem Jahr 2017. Desweiteren wurde eine **Mütterrente** ab dem ersten Juli 2014 vereinbart, bei der es einen Rentenpunkt mehr für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, geben wird. Damit sind wir einverstanden, auch wenn wir sie lieber steuerfinanziert gehabt hätten. Darüber hinaus wird es Verbesserungen bei der **Rente für Erwerbsgeminderte** geben und einen konkreten Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West. Wer sich vertiefend mit den Themen rund um Arbeit und Soziales im Koalitionsvertrag beschäftigen möchte, findet die Details ab Seite 65 des Vertrages.

Verbesserung bei Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Bei Verkehr, Bau und Stadtentwicklung konnten wir (fast) unser komplettes Wahlprogramm umsetzen. Die **Mittel für die Städtebauförderung steigen auf 700 Millionen Euro pro Jahr** und insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ wird wieder zum Leit- und Integrationsprogramm. Und wir führen eine Mietpreisbremse ein. Nicht nur, dass Mieterhöhungen auf max. 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt werden, sondern dass auch höchstens 10 Prozent der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden können. Für Maklerleistungen gilt zukünftig: Wer bestellt, bezahlt! Das wird in der Regel nicht der Mieter, sondern der Vermieter sein.

Es gibt 5 Milliarden Euro mehr für die dringend benötigten **Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur** und das Verursacher-Prinzip wird durch die Ausweitung der LKW-Maut gestärkt. Seehofers PKW-Maut konnten wir zwar nicht verhindern, aber gleichsam mit der CDU sehr hohe Hürden einbauen, nämlich dass kein deutscher Autofahrer zusätzlich finanziell belastet werden darf.

Bei der **Energiewende** haben wir darauf gepocht, dass diese sozial verträglich und bezahlbar bleibt. Wir konnten mit CDU/CSU einen Kompromiss beim Ausbau der Erneuerbaren Energien finden. Bis 2030 soll ein **Ökostromanteil von 55 bis 60 Prozent** angestrebt werden. Wir hätten lieber 75 Prozent gehabt, die Union ging mit 50 Prozent in die Verhandlungen. Daher ist unser Kompromiss ein guter Mittelweg.

Bei **Fracking** konnten wir erreichen, dass Trinkwasser und Gesundheit absoluten Vorrang haben. Kurzfristig soll es Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz und bergbaulicher Verordnungen geben. Details findet ihr auf Seite 61 des Vertrages.

Neben mehr **Gleichberechtigung für Frauen** und eine **gesetzliche Quote** in Aufsichtsräten, werden wir ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen, um in Unternehmen verbindlich das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männer gesetzlich zu regeln.

Künftig entfällt für in Deutschland geboren und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern der Optionszwang. Sie müssen sich nicht mehr zwischen zwei Staatsbürgerschaften entscheiden, sondern erhalten die doppelte Staatsbürgerschaft.

Verbesserungen bei der ärztlichen Versorgung

Im Koalitionsvertrag sind Regelungen vereinbart, die ärztliche Versorgung auf dem Land verbessern sowie eine finanzielle Stärkung der Hausärzte. Patienten werden künftig weniger lange auf einen Arzttermin warten müssen. Bei einer Überweisung zum Facharzt kann sich in Zukunft jeder Patient an eine zentrale Servicestelle bei der

Kassenärztlichen Vereinigung wenden. Hier wird dann innerhalb einer Woche ein Behandlungstermin vermittelt. Diese Behandlung muss dann innerhalb von vier Wochen erfolgen. Gelingt das nicht, ist eine ambulante Krankenhausbehandlung möglich. Außerdem sollen Krankenhäuser, gerade in schlecht versorgten Gebieten, stärker in die ambulante Versorgung einbezogen werden. Außerdem gibt es 4 Milliarden Euro mehr für bessere Pflege und mehr Pflegekräfte. Schließlich wird der Beitragssatz in der Krankenversicherung grundsätzlich auf 14,6 Prozent festgelegt (bisher 15,5 Prozent) und die einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge abgeschafft.

Besonders begrüßenswert finden wir, dass unsere Kommunen als integraler Bestandteil unseres Zusammenlebens finanziell entlastet werden sollen. Konkret geht es um das sogenannte **Bundesteilhabegesetz**, bei dem die Kommunen jährlich im Umfang von **fünf Milliarden von der Eingliederungshilfe** entlastet werden. Gleichzeitig soll dieses Gesetz auch **für Menschen mit Behinderung verbessert** werden. Darüber hinaus werden die Kommunen bei der **Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet**. Dies kommt den Kommunen dann etwa bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit zu Gute. Auch die Aufstockung bei der **Städtebauförderung** spielt für die Kommunen eine wichtige Rolle, denn wir stellen sicher, dass auch Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausgeschlossen sind. Als Sozialdemokraten begrüßen wir natürlich auch den **Erhalt der Gewerbesteuer**, die eine wichtige Einnahmequelle für unsere Kommunen darstellen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Einrichtung einer Kommission, die die **föderalen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern** unter Einbeziehung der Kommunen neu bewerten soll.

Leider waren Steuererhöhungen für die Union ein absolutes „no go“. Wir hätten gern für einige wenige Wohlhabende die Steuern erhöht, um mehr Geld in Bildung und Infrastruktur investieren zu können. Positiv ist aber anzumerken, dass wir eine **strikte Regulierung der Finanzmärkte und Banken** und eine **Besteuerung der Finanzmarkttransaktionsspekulationen** erreicht haben.

Nun ist jede einzelne Genossin und jeder Genosse am Zug, es gilt abzuwägen. Wir konnten elementare Punkte aus unserem Wahlprogramm umsetzen und haben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Kommunen viel herausgeholt und erreicht.

Der Koalitionsvertrag wurde gegen den Widerstand des Wirtschaftsflügels der Union beschlossen. Die Gewerkschaften hingegen begrüßten ihn ausdrücklich! **Wie gesagt, wir empfehlen Zustimmung, weil es mehr Gerechtigkeit und Verbesserungen für Millionen Menschen geben wird.**

Selbstverständlich stehen wir Euch für alle Fragen zur Verfügung.

Seid herzlich begrüßt



-Uli und Edgar-

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Ulrike Gottschalck und Edgar Franke - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Ulrike Gottschalck, Edgar Franke
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia